



GÖD Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Bundesleitung Landwirtschaftslehrer/innen

1010 Wien, Schenkenstraße 4

Tel. : 01/53454/430 DW

E-Mail: friedrich.rinnhofer@weinbauschule.at

Wien, 15. November 2010
BL 27/3336//10

An das

Bundesministerium für

Wirtschaft, Familie und Jugend

Franz-Josefs-Kai 51

1010 Wien

Per E-Mail: POST@II1.bmwfj.gv.at

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird; Begutachtungs- und Konsultationsverfahren

BMWFJ-510101/0008-II/1/2010

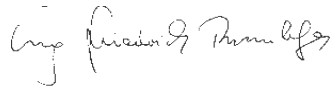
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Bundesvertretung der Landwirtschaftslehrer/innen übermittelt zum vorliegenden Gesetzesentwurf die nachfolgende Stellungnahme:

- Die vorgesehene Senkung der Anspruchsberechtigung um 2 Jahre wird in allen Punkten abgelehnt, da die Änderung einen enormen Angriff auf die bisherigen familienpolitischen und bildungspolitischen Ziele darstellt. Insbesondere die derzeitige Struktur der angebotenen Studien und die Verhältnisse an den Universitäten bzw. Hochschulen lassen es in den seltensten Fällen zu, dass mit dem nun in Aussicht genommenen 24. Lebensjahr generell Studien abgeschlossen werden können.

- Weiters wird die vorgesehene Streichung des Anspruches auf Mehrkindzuschlag ebenfalls entschieden abgelehnt, weil dadurch alle bisherigen Bemühungen um eine wirkungsvolle Familienförderung zunichte gemacht werden.

Mit dem Ersuchen um Berücksichtigung unserer Argumente:



Vorsitzender Ing. Friedrich Rinnhofer